

Beschluss der MVV DIE LINKE. Neukölln am 21. Juni 2021

Schluss mit der Besetzung – Schluss mit dem Krieg! Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel!

In Neukölln leben viele Menschen mit Freund:innen und Familienangehörigen im Gazastreifen, im Westjordanland und in Israel. Während des jüngsten Kriegsausbruchs mussten sie in dauernder Angst um Angehörige und Bekannte leben. Wir trauern mit ihnen um jedes Opfer dieses Kriegs, um jedes Kind, jede Frau und jeden Mann, ganz gleich ob Muslim:in oder Jüd:in, ob Araber:in oder Israeli, ob mit oder ohne Staatsangehörigkeit.

Es handelt sich nicht um einen religiösen Konflikt. Wir weisen jeden Versuch zurück, diesen Konflikt religiös zu instrumentalisieren. Wir verurteilen die Angriffe auf Synagogen und jüdische Einrichtungen hierzulande. Wir stehen auf gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus. Wir stehen auf gegen Hass und Hetze gegenüber Jüd:innen und Muslim:innen.

Wir standen und stehen an der Seite derjenigen in der gesamten Region, die für ein Ende der Ungleichbehandlung und ein Stopp aller Militärschläge auf die Straße gehen.

In Neukölln und Berlin werden wir den Austausch und die Zusammenarbeit mit Gruppen und Initiativen wie „Palästina spricht“ und „Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden“ vertiefen, die sich für einen gerechten Frieden im Nahen Osten engagieren und sich dabei unter anderem auf die Unteilbarkeit der Menschenrechte berufen. In diesem Zusammenhang bekräftigen wir den Grundsatzbeschluss der Mitgliederversammlung aus dem Sommer des vergangenen Jahres. Es ist wichtig, Betroffene zu Wort kommen zu lassen und Dialog zu ermöglichen. Der Bezirksvorstand wird beauftragt, eine (oder mehrere) Veranstaltungen(en) zu Besetzung und Unterdrückung der Bevölkerung in Palästina / Israel zu planen und durchzuführen.

Als einzige Partei im Deutschen Bundestag lehnt DIE LINKE Krieg als Mittel der Politik ab. Wir haben das Bombardement durch die israelische Armee verurteilt. Wir haben die Raketenangriffe der Hamas und des Islamischen Dschihad verurteilt.

Als DIE LINKE lehnen wir Besetzung und Unterdrückung ab. Wir stehen immer an der Seite der Menschen, die unterdrückt werden, nicht bei denen, die Besetzung und Unterdrückung praktizieren. Es ist konsequent, dass sich der Bezirksvorstand von Dietmar Bartsch' Auftritt und seiner Rede bei der Kundgebung „Solidarität mit Israel“ am 20. Mai 2021 distanziert und unserem Genossen Yossi Bartal für seine Stellungnahme dazu gedankt hat.

Für uns ist klar: In erster Linie trägt die israelische Regierung Verantwortung für die jüngste Gewalteskalation, unter anderem durch die kontinuierlichen Vertreibungen von Palästinenser:innen aus ihren Häusern und Wohnungen, ob in Sheikh Jarrah oder anderswo, und durch ihre politische und militärischen Unterstützung der rechten Siedlerbewegung. Den Nährboden dieses Konflikts bildet stets die systematische Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung, die inzwischen auch von großen Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch angeprangert wird

Um einen gerechten und dauerhaften Frieden in der Region zu erreichen, muss die Besetzung

beendet, der Siedlungsbau gestoppt und die Blockade des Gaza-Streifens aufgehoben werden. Auch die Einschränkung der Rechte der Palästinenser:innen muss beendet werden.

Die deutsche Bundesregierung fordern wir auf, die Lieferung von Waffen in den Nahen Osten sofort einzustellen.

Salam aleikum! Shalom!

Hintergrund:

Wo der heutige Konflikt seinen Ausgang nahm, kann vermutlich niemand eindeutig festlegen (deshalb nur einziger ND-Artikel hierzu: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1152024.israel-und-palaestina-es-ist-die-besatzung-stupid.html?sstr=Israel>) Fakt ist, dass seit rund einer Woche die israelische Armee den Gazastreifen bombardiert und palästinensische Milizen, vor allem Hamas und der Islamische Dschihad, Raketen auf Israel feuern. Auf beiden Seiten der Mauer sterben Menschen. Tag für Tag werden die Militäraktionen härter, während in vielen israelischen Städten die Angst vor einem Bürgerkrieg wächst. Das bewegt und berührt viele Menschen in Neukölln, die von dort stammen und deren Familien noch immer in Gaza, in Israel, im Westjordanland leben. In dieser angespannten Situation hatten am , 12. Mai, "Die jüdische Stimme für einen gerechten Frieden" und die Initiative "Palästina spricht" zu einer Kundgebung vor dem Neuköllner Rathaus aufgerufen: (1) Raise Your Voice to #SaveSheikhJarrah #FreeGaza | Facebook

An dieser Kundgebung haben rund ein Dutzend Genossinnen und Genossen teilgenommen, darunter Jorinde, Lucia und Moritz. Es war eine sehr besonnene Veranstaltung, bei der Juden und Muslime, Araber und Israelis für eine Ende der Gewalt und ein friedliches Zusammenleben geworben haben. Die RBB-Abendschau hat darüber berichtet: Gewalt zwischen Israelis und Palästinensern - Was im Nahen Osten passiert, bewegt auch in Berlin | rbb (rbb-online.de). Es war eine durchweg friedliche Kundgebung, bei der keine antisemitischen Parolen gerufen wurden!

Im weiteren Verlauf der Demonstration wurde das Vorgehen der Polizei aggressiver. Zunächst störten und behinderten sie durch Lautsprecherdurchsagen die Kundgebung, dann nahm sie circa 16 junge Männer meist arabischer Herkunft fest. Das Vorgehen der Polizei wirkte willkürlich und politisch motiviert. Die Jüdische Stimme hat später Beschwerde gegen den Polizeieinsatz eingelegt und ihre Begründung veröffentlicht: Beschwerde der Jüdischen Stimme gegen Polizeigewalt und Diskriminierung | Jüdische Stimme (juedische-stimme.de) Moritz hat das Vorgehen der Polizei in einem Twitervideo thematisiert: Moritz Wittler auf Twitter: "Heute gab es eine Kundgebung in #neukoelln in Solidarität mit den Menschen in #Palaestina. Organisiert von der Jüdische Stimme und @PalestinSpricht. Die Polizei hat die Kundgebung massiv gestört. Dutzende wurden willkürlich verhaftet. #SheikhJarrah #GazaUnderAttack <https://t.co/yAMprj8cEZ>" / Twitter Kurz darauf retweeteten zwei rechte Journalisten (u. a. der Chefredakteur Der Welt) dieses Video und unterstellten Moritz Antisemitismus. Daraufhin wurden Moritz und Lucia, die Moritz' Sichtweise mit einem eigenen

Video bekräftigt hatte, zu Zielen eines Shitstorms.

Nachdem der Bezirksvorstand bereits am Mittwoch im Umlauf eine Position abgestimmt hatte, hat er am Donnerstagabend eine Resolution zum aktuellen Konflikt in Palästina/Israel beschlossen: [Aktuell: Bezirksverband Neukölln \(die-linke-neukoelln.de\)](https://www.die-linke-neukoelln.de)

Im Nachfolgenden gebe ich einige zentrale Passagen wider:

"Es handelt sich nicht um einen religiösen Konflikt. Wir weisen jeden Versuch zurück, diesen Konflikt religiös zu instrumentalisieren. Wir verurteilen die Angriffe auf Synagogen und jüdische Einrichtungen hierzulande. Wir stehen auf gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus. Wir stehen auf gegen Hass und Hetze gegenüber Jüd:innen und Muslim:innen."

"Als einzige Partei im Deutschen Bundestag lehnt DIE LINKE Krieg als Mittel der Politik ab. Wir verurteilen das Bombardement durch die israelische Armee. Wir verurteilen auch die Raketenangriffe palästinensischer Milizen. Wir trauern um jedes Opfer dieses Kriegs, um jedes Kind, jede Frau und jeden Mann, ganz gleich ob Muslim:in oder Jüd:in, ob Araber:in oder Israeli, ob mit oder ohne Staatsangehörigkeit. Wir fordern ein sofortiges Ende der militärischen Gewalt! Die Waffen müssen endlich schweigen, damit die Menschen leben können!"

Die Neuköllner SPD hat sich übrigens in Social media empört gezeigt über antisemitische und antiisraelische Parolen und die Zunahme an Gewalt gegen die Polizei auf mehreren Demonstrationen in Neukölln und behauptet, dass Mitglieder unserer Partei dieses Verhalten offenbar tolerierten und verteidigten: [SPD Neukölln auf Twitter: "Unsere Kreisvorsitzenden @Florasiempre und @FabsFisch äußern sich zu den antiisraelischen Kundgebungen in Neukölln. #GegenJedenAntisemitismus #FreeGazaFrom Hamas #StopTheAttacks https://t.co/Q156eeROEk" / Twitter](https://twitter.com/SPDNeukoelln)

Das ist eine böswärtige Unterstellung an die oben geschilderte Kundgebung und an unsere Mitglieder, die wir in aller Schärfe zurückweisen.

Am Samstag, 15. Mai, dem Nakba-Tag, fanden in Berlin und in Neukölln mehrere Demonstrationen statt, die meiner Beobachtung nach sehr unterschiedlich zusammengesetzt waren und extrem unterschiedlich verliefen. Bei der Demonstration am Hermannplatz wurden nach Medienberichten die politischen und militärischen Führer im Iran und im Libanon gepriesen, wurden kriegsverherrlichende Slogans gerufen und antisemitische Parolen skandiert. Später wurden, vorallem in der Sonnenallee, danach in der Friedelstraße Polizisten, Rettungskräfte und Journalisten mit Flaschen und Pflastersteinen attackiert. In meinen Augen ist beides verurteilenswert: kriegsverherrlichende und antisemitische Sprechchöre ebenso wie die Attacken auf Journalisten, Polizisten und Rettungskräften.

Nahezu gleichzeitig fand, vom Oranienplatz zum Hermannplatz, eine weitere Demonstration statt, die von denselben Organisationen ("Die Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden" und der Initiative "Palästina spricht") ausgerichtet wurde, wie die Kundgebung am vergangenen Mittwoch in Neukölln. Diese Demonstration war farbenfroh, entschlossen und sehr diszipliniert. Jüd:innen und Muslim:innen, Araber und Israelis protestierten Seite an Seite für eine friedliche und gerechte Lösung des Konflikts. Diese Demonstration haben viele als ein hoffnungsvolles Zeichen begriffen.

Beschluss der Mitgliederversammlung DIE LINKE. Neukölln vom 20. Juli 2020

https://www.die-linke-neukoelln.de/fileadmin/neukoelln/mvv/2020_07_20/Antrag_Palaestina_Solidaritaet.pdf

Der Offene Brief von „Palästina spricht“:

<https://www.palaestinaspricht.de/offener-brief>

„Israel-Solidaritätskundgebung“ des „Solidaritätsbündnis Israel“

Donnerstag, 20. Mai 2021, Brandenburger Tor

Aufrufertext:

„Bestürzt blicken wir in diesen Tagen auf die Eskalation der Gewalt in Israel. Tausende Raketen wurden bisher und innerhalb kürzester Zeit aus dem Gaza-Streifen auf Israel abgefeuert. Erneut versucht sich die Hamas, durch einen Krieg gegen Israel in Szene zu setzen. Ihr Krieg gegen Israel ist bewusst auf zivile Opfer ausgerichtet – auch in der eigenen Bevölkerung. Ein Zeitpunkt, zu welchem wir der israelischen Bevölkerung unsere Solidarität zeigen möchten! Doch die Aggression der Hamas wirkt nicht nur im Nahen Osten. Auch in Deutschland kam es in den letzten Tagen zu schweren antisemitischen Attacken. Die Sicherheitslage für israelische und jüdische Menschen und Einrichtungen hat sich dadurch erneut verschlechtert. Daher rufen wir zu einer Solidaritätsdemonstration für Israel auf. Dies verbunden mit der klaren Absage an jeglichen Judenhass!“

Veranstalter:

Wertinitiative jüdisch-deutsche Positionen

<https://werteinitiative.de/>

Übertragung:

Dietmar Bartschs Rede:

<https://twitter.com/DietmarBartsch/status/1395676640450072576>

Gesamte Kundgebung:

https://twitter.com/phoenix_de/status/1395422623543214081